

Begrüßung

Das gesamte Parlament unterstützt die sogenannten flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Dieses gute und wichtige Ergebnis können wir sicherlich gemeinsam festhalten.

Die EU-Verbindungsrichtlinie regelt die Integration dieser FI in den europäischen Zertifikatshandel für die Emission von Treibhausgasen, kurz: Emissionshandel

Wenn wir uns in der Einschätzung der FI so weitgehend einig sind, wird die Umsetzung der EU-Verbindungsrichtlinie in nationales Recht rasch möglich sein. Davon bin ich überzeugt!

Heute beraten wir in erster Lesung zwei Anträge der Opposition. In diesen Anträgen wird die Umsetzung der Verbindungsrichtlinie in nationales Recht gefordert.

Da der Referentenentwurf für die nationale Umsetzung bereits vorliegt, wird der Gesetzentwurf vermutlich früher das Plenum erreichen als die Oppositionsanträge den Fachausschuss.

Auch diese Tatsache sollten wir festhalten, sie zeigt den begrenzten Sinn der Anträge der Opposition, selbst wenn wir uns in den Zielen einig sind.

Die Opposition versucht ja oft den Eindruck zu erwecken, die Koalition wolle die FI gar nicht zum Einsatz bringen.

Dieser Vorwurf hat keine Grundlage, er ist konstruiert!

Ein klarer Hinweis auf die Haltlosigkeit des Vorwurfs ist der Zeitpunkt, an dem z.B. CDU/CSU den heute zu diskutierenden Antrag eingebracht hat, nämlich am 30.11.2004. An diesem Tag war die EU-Richtlinie gerade einmal elf Arbeitstage in Kraft.

Heute liegt in Deutschland der Referentenentwurf vor. Und meines Wissens hat auch noch kein anderer Staat die FI bereits vollständig in nationales Recht umgesetzt.

Von daher sollten wir die Kirche im Dorf lassen. Niemand will die Einführung der FI Instrumente in Deutschland verzögern oder gar verhindern.

Dagegen sprechen doch auch zwei wichtige Gründe.

Der erste Grund ist, dass die FI beim Klimaschutz helfen, sowohl beim Erreichen der Ziele als bei der Kostenersparnis. Ich werde darauf nachher noch genauer eingehen.

Der zweite Grund ist, dass die FI Teil des europäischen Emissionshandels sind. Selbst wenn Deutschland sich hypothetisch entschliessen würde, die FI nicht oder nur in abgespeckter Form zuzulassen, hätten alle Teilnehmer am Emissionshandel in Deutschland die Möglichkeit, in anderen EU-Staaten auf FI zuzugreifen und sich die Ergebnisse in Deutschland anrechnen zu lassen.

Von daher zeugt die ganze übliche Oppositions-Rethorik, Rot/Grün wolle EU-Recht nicht 1:1 umsetzen, in dieser Frage entweder von Ahnungslosigkeit oder böartiger Täuschung. Ich weiss da immer nicht, welchen Wesenszug ich weniger mag.

Zurück zur Frage, warum die SPD eigentlich die FI als Teil des Klimaschutzes einführen will.

Ganz einfach, die FI eröffnen zusätzliche Optionen, Treibhausgase einzusparen und geben Unternehmen, die die Emission von Treibhausgasen verringern wollen, eine weitere Wahlmöglichkeit, auf welche Weise sie die Emission von Treibhausgasen reduzieren wollen und helfen so Kosten sparen.

Richtig eingesetzt, beeinträchtigen die FI auch nicht die bisherigen Wege zum Klimaschutz. In dieser Frage gibt es übrigens Unterschiede zwischen Koalition und Opposition, ich werde diese nachher noch einmal ansprechen.

Als nordrhein-westfälischer Abgeordneter will ich die Idee, die hinter dem Einsatz des Emissionshandels und der FI steht, einmal aus Sicht eines Industrieunternehmens beschreiben:

Vor Einführung des Emissionshandels musste das Unternehmen damit rechnen, staatliche Vorgaben zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen zu bekommen. Damit der Staat insgesamt die international verbindlichen Klimaschutzziele einhalten kann. Diese Vorgaben hätten durch Maßnahmen im eigenen Unternehmen erbracht werden müssen, selbst wenn diese unverhältnismäßig teuer gewesen wären.

Durch den Emissionshandel kann das Unternehmen jetzt wählen, ob es die Minderungen im eigenen Bereich ausführt, oder ob es Emissions-Zertifikate von anderen Unternehmen kauft, die diese Minderungen preisgünstiger erbringen konnte. Ergebnis: Genauso viel Klimaschutz für weniger Kosten.

Durch die FI erhält das Unternehmen jetzt noch zwei weitere Möglichkeiten. Es kann in Bereichen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen oder in Ländern, die nicht am Emissionshandel teilnehmen, wohl aber Emissionsminderungen erbringen müssen, Treibhausgase einsparen helfen und dafür Emissions-Zertifikate erhalten. Dies nennt man JI.

Beispiele: Rußland, Gaspipelines, Kohlekraftwerke

Oder ein Unternehmen kann solche Maßnahmen sogar in Entwicklungsländern durchführen und dort zu einer ökologisch verträglichen Entwicklung beitragen. Auch dafür erhält es Emissions-Zertifikate. Dies nennt man CDM.

Beispiele: Forstbewirtschaftung, Windenergie

Beide FI sind also eine weitere Option, die kostengünstigste Möglichkeit zum Klimaschutz zu nutzen. Und deswegen führen wir die FI in D ein.

Ohne Wenn und Aber. Wir geben unseren Unternehmen die volle Wahlmöglichkeit.

Wir wollen übrigens auch kleinen und mittelständischen Unternehmen die Option der FI eröffnen. Als einen Weg dafür hat die KfW, die Bank des Bundes, einen Klimaschutzfonds aufgelegt.

Hier können sich auch KMU beteiligen, weil man kein eigenes technisches oder juristisches Know-How benötigt, um über den Klimaschutzfonds die FI zu nutzen.

Der Klimaschutzfonds investiert das Geld seiner Anteilseigner in FI-Projekte. Die gewonnenen Zertifikate gibt der Fonds an seine Eigner aus. Einfacher geht es nicht. Zuletzt rechnete die Bank mit Kosten von 5 Euro pro Zertifikat für eine Tonne CO₂-Emissionen, deutlich weniger als die aktuellen Börsenpreise. Nur schnell muss man sein, denn die Projekte brauchen ihre Zeit.

Wir erwarten uns von den FI außerdem Chancen für eine Belebung des internationalen Dialogs zum Klimaschutz.

Die Entwicklungsländern und Schwellenländer wollen ihre sozialen Probleme lösen. Zwar verstehen zunehmend Persönlichkeiten aus diesen Ländern, dass Klimaveränderung und Umweltverschmutzung die wirtschaftliche Entwicklung behindern oder sogar unmöglich machen. Gerade in China findet hier ein faszinierender Prozess statt, der schon in klaren Beschlüssen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung der erneuerbaren Energien gemündet ist.

Einschub: Weltmarkt, nicht warten, bis andere aufschliessen, großer Fehler

Dennoch trifft Klimaschutzpolitik in vielen Ländern des Südens auf Skepsis und wird als Einschränkung wirtschaftlicher Möglichkeiten und als Bevormundung durch den Norden wahrgenommen.

Die Stichwortgeber für diese falsche Sichtweise sitzen leider in den Industrieländern. Übrigens nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland und auch in diesem Parlament, wenn ich da an die Redebeiträge mancher Kollegen denke.

CDM sind jetzt die Möglichkeit, Technologietransfer und Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer und Schwellenländer zu stärken, die Wirtschaftswachstum und Klimaschutz unmittelbar sichtbar miteinander verknüpfen.

Folge kann eine aktivere Rolle der Entwicklungs- und Schwellenländer beim internationalen Klimaschutz sein.

Nachdem es seit einiger Zeit in einzelnen Bundesstaaten der USA interessante Entwicklungen beim Klimaschutz gibt, könnte dies auch die USA als Gesamtstaat wieder zurück an den Verhandlungstisch bringen,. Argumentieren die USA doch immer mit den wachsenden Emissionen in China und Indien.

Eine reale Umsetzung der FI mit einer entsprechenden Übernahme von Emissionszielen für große Schwellenländer würde die USA unter Zugzwang bringen. Schließlich waren es die Amerikaner selbst, die einst die FI für das Kyoto-Protokoll gefordert hatten.

Es ist ermutigend, dass die Senatoren Lieberman und McCain erneut den Climate Stewardship Act als Gesetzesvorhaben in den amerikanischen Senat eingebracht haben, eine Art nationales Kyoto-Protokoll. Beim letzten Mal erreichten sie bereits 43 von 51 notwendigen Ja-Stimmen, nachdem der Senat zuvor 99:0 gegen Kyoto gestimmt hatte. Diesmal glauben Lieberman und McCain, eine Mehrheit für den Klimaschutz gewinnen zu können.

Ich wünsche den beiden Kollegen sicher im Namen des ganzen Hauses viel Erfolg!

Es wäre gut, wenn die USA sich gerade jetzt, nach dem Inkraft-Treten des Kyoto-Protokolls und nach dem aktuellen ambitionierten Klimaschutzprogramm des Nachbarn Kanadas, entschliessen würde, ihrer Verantwortung als Staat mit der weltweit höchsten Emission von klimaverändernden Gasen gerecht zu werden.

Zurück zur Umsetzung der FI in nationales Recht.

Ich wiederhole noch einmal: Die praktische Umsetzung wird 1:1 erfolgen. Da muss sich niemand Gedanken machen. Das ist schon eine Konsequenz daraus, dass ohnehin jedes Unternehmen europaweit agieren kann und sonst eben in Belgien oder Portugal oder Estland seine Projekte anmelden würde.

Aber es hat durchaus zwei wichtige Unterschiede zwischen Koalition und Opposition gegeben bei der Frage, wie die EU die FI ausgestalten sollte. Bei allen Gemeinsamkeiten sollte man dies erwähnen. Auch wenn sich die Sichtweise der Koalition in der EU weitgehend durchgesetzt hat.

Der erste Unterschied zwischen Opposition und Koalition war, dass wir keine Projekte der Atomenergie im Bereich der FI wollten.

Gerade Entwicklungs- und Schwellenländer haben das Problem des jahrtausend lang tödlichen Atommülls überhaupt nicht im Griff. Und auch der Betrieb der Atomkraftwerke ist bekanntermaßen höchst gefährlich.

Mit Ausnahme derjenigen, die an einer von ihnen selbst gewünschten Renaissance der Atomenergie viel Geld verdienen würden, glaubt kein Experte, dass Atomenergie beim Klimaschutz weiterhilft.

Dagegen spricht erstens die Größenordnung. Alle Atomkraftwerke der Welt zusammen erbringen trotz gigantischer Subventionen gerade einmal 4% des Weltenergieverbrauchs. Wie soll denn da der Ausbau der Atomkraft wesentlich zum Klimaschutz beitragen? An der Mathematik können nämlich auch die Atomkraft-Anhänger nicht vorbei.

Gegen die Atomenergie als selbsternannten Klimaschützer spricht aber auch der Ausstoss von Treibhausgasen, den die Atomenergie mit sich bringt. Zwar laufen die Kraftwerke emissionsfrei, aber Urangewinnung, Urananreicherung, Transport und Entsorgung sind mit immensen Emissionen von Treibhausgasen verbunden, nach Expertenschätzung in Größe eines modernen Gaskraftwerks gleicher Leistungsstärke. An diesen Ergebnissen der Physik können auch die Atomkraft-Anhänger nicht vorbei.

Der zweite Unterschied bei der Einschätzung von Opposition und Koalition von FI war die Frage, ob diese nationale Klimaschutzanstrengungen vollständig oder nur teilweise ersetzen können sollten.

Wir sind der Überzeugung, die kostensenkenden Potenziale der FI stark zu nutzen, aber den Anreiz zur Entwicklung neuer Technologien zuhause nicht zu untergraben. Deswegen haben wir uns in der EU für eine Beschränkung des Anteils der FI an den gesamten Klimaschutzbemühungen eingesetzt und die anderen EU-Partner davon überzeugt.

Nur mit dem Anreiz, in den Industrieländern immer neue Technologien zum Klimaschutz zu entwickeln, stehen uns auch in zehn und zwanzig Jahren noch kostengünstige Wege zum Klimaschutz offen, entstehen neue Produkte für den Weltmarkt.

Wer wie CDU/CSU und FDP die unbeschränkte Nutzung der billigsten Maßnahmen will und dabei die heimischen Möglichkeiten zum Klimaschutz vernachlässigt, investiert zu wenig in die Zukunft. Selbst Vertreter der deutschen Wirtschaft und Parteifreunde aus CDU/CSU und FDP teilen diese Kritik an der Politik der Opposition, weil gerade die deutsche Industrie mit diesen Technologien auf den Weltmärkten gut verdient.

Ich bitte die Opposition daher heute erneut, in dieser wichtigen Frage des Klimaschutzes zum europäischen Konsens zurückzukehren. Ordnen Sie solche wichtigen Themen nicht Ihrem Dauerkampfkampf gegen die Bundesregierung unter. Treffen Sie bitte eine Fachentscheidung!

Dann ist es sicher auch möglich, die nationale Umsetzung der europäischen Verbindungsrichtlinie, die den Einsatz von FI erst ermöglicht, in nationales Recht noch vor der Sommerpause abzuschliessen. Damit haben unsere Unternehmen dann die volle Planungssicherheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!!!